
Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen *Economic Governance* auf Löhne und Tarifpolitik

Thorsten Schulten, Torsten Müller

1. Einleitung

Das neue europäische System der *Economic Governance*, das sukzessive von der EU und ihren Mitgliedsstaaten zur Durchsetzung der Austeritätspolitik und von „Strukturreformen“ etabliert wurde, hat die Rahmenbedingungen nationaler Tarifpolitik fundamental verändert. Prozedural schuf es durch die neu eingeführten Mechanismen der Überwachung, Sanktionen und intensivierten Koordinierung die Voraussetzung für eine zunehmende Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse von der nationalen auf die europäische Ebene, wodurch der politische Handlungsspielraum nationaler Akteure massiv eingeschränkt wurde. Inhaltlich macht das neue System der *Economic Governance* mit seinem einseitigen Fokus auf Austerität und preisliche Wettbewerbsfähigkeit Löhne – oder genauer die nach unten gerichtete Flexibilität von Löhnen – zur zentralen Anpassungsvariable der derzeit bestehenden makroökonomischen Ungleichgewichte. Das Zusammenspiel dieser beiden Prozesse ermöglicht den europäischen Institutionen (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und Europäischer Rat) die direkte Intervention in nationale Tarifpolitiken, indem sie auf Lohnkürzungen und -stopps und die Dezentralisierung von Tarifvertragssystemen drängen. Das neue System der *Economic Governance* steht daher für einen Paradigmenwechsel von der Akzeptanz der Tarifautonomie hin zur direkten politischen Intervention in nationale Verhandlungsergebnisse und -prozesse.

Die in diesem Artikel vorgenommene Analyse dieses Paradigmenwechsels und seiner Auswirkungen für nationale Tarifpolitiken erfolgt in drei Schritten. Zunächst wird die Entwicklung des neuen Systems der *Economic Governance* kurz skizziert, um zu verdeutlichen, wie die europäische

Politik mit der Einführung immer neuer *Governance*-Elemente Schritt für Schritt ihren Zugriff auf nationale Lohnpolitiken und Tarifvertragssysteme ausweitete. Darauf aufbauend werden im empirischen Hauptteil dieses Beitrags die zentralen Auswirkungen des supranationalen lohnpolitischen Interventionismus in den Bereichen öffentlicher Dienst, Mindestlöhne, Dezentralisierung von sektoralen Tarifverhandlungssystemen und der generellen Lohnentwicklung dargestellt. Der abschließende Teil dieses Beitrags behandelt im Wesentlichen zwei Fragen: Welche Zukunft hat eine europäische Lohnpolitik unter den veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen? Und zweitens: Was sind die strategischen Optionen von Gewerkschaften, um dieser Politik eines europäischen lohnpolitischen Interventionismus zu begegnen?

2. Die Rolle der Lohnpolitik im Rahmen der neuen europäischen *Economic Governance*

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV, Artikel 153.5) schließt eigentlich jegliche Kompetenzen der EU im Bereich der Lohnpolitik explizit aus. Diese Bestimmung wurde zum ersten Mal 1991 im Rahmen des sog. Sozialprotokolls des Maastrichter Vertrages eingeführt und später als Teil des Sozialkapitels in den Amsterdamer Vertrag von 1997 integriert. Paradoxerweise erfolgte der Ausschluss der Tarifpolitik aus dem Kompetenzbereich der EU zeitgleich mit der Entscheidung zur Gründung einer Europäischen Währungsunion. Letztere führte nicht nur zu einer neuen Dimension der europäischen ökonomischen Integration, sondern sie schuf auch ein neues makroökonomisches Regime, das neue Bedingungen und Herausforderungen für nationale Lohnpolitiken definierte.¹

Der existierende rechtliche Rahmen hat die europäischen Institutionen wie zum Beispiel die Europäische Kommission, die EZB oder auch den Europäischen Rat nie davon abgehalten, allgemeine Erklärungen oder Empfehlungen zur Lohnpolitik abzugeben. Die seit 1993 regelmäßig von Kommission und Rat verabschiedeten „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ beinhalteten zum Beispiel immer wieder die Forderung nach einer moderaten und stärker differenzierten Lohnentwicklung. Darüber hinaus wurde 1999 der sog. Makroökonomische Dialog eingeführt als ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Europäischem Rat, der Kommission, der EZB sowie den Europäischen Organisationen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften mit dem Ziel der „Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Verbesserung des wechselseitigen Zusammenwirkens von Lohnentwicklung sowie der Geld-, Haushalts- und Finanzpolitik“.² Letztendlich haben insbesondere die europäischen Gewerkschaften seit dem Ende der